

**30. Tagung des
UN-Menschenrechtsrates
14.09.–02.10.2015**

Bericht und Auswertung

Inhalt

I. Bericht	2
II. Dokumentation	5
II.1. Thematische Menschenrechte	5
II.2. Länder	9
II.3. Universal Periodic Review	10
II.4. Podiumsdiskussionen	11
III. Resümee	11
IV. Resolutionen und Entscheidungen	12
Berufung neuer Mandatsträger/innen	18
V. Termin 2016	18

Theodor Rathgeber
Forum Menschenrechte
trathgeber@gmx.net

Jugendheimstrasse 10
34132 Kassel

I. Bericht

Die 30. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (MRR) schloss mit 29 Resolutionen, 15 Entscheidungen (14x UPR) und zwei präsidialen Erklärungen ab. In Ausübung der Vollmacht durch die Präsidialerklärung vom Juni (PRST 29/1) legte der Ratspräsident u.a. den Beschluss vor (30/115), die Amtszeiten aller Mitglieder von Arbeitsgruppen um zwei weitere, reguläre Ratssitzungen zu verlängern. Die beiden anderen Erklärungen (PRST 30/1 und 30/2) bezogen sich auf Berichte des Beratenden Ausschusses (*Advisory Committee*; A/HRC/AC/14/2 und A/HRC/AC/15/2) und zur Entwicklung von Gesundheitssystemen in Antwort auf Epidemien. Der Rat empfahl der UN Generalversammlung und dem UN Generalsekretär die Einrichtung eines **Forums zum Thema Menschen afrikanischer Abstammung** [A/HRC/RES/] 30/17 (Operative Paragraph 2) in Form einer beratenden Institution. Die üblichen Verdächtigen aus dem Kreis westlicher Länder stimmten dagegen (s.u.) und verpassten die Chance, sich bei einem unbequemen Thema dem globalen Süden gegenüber offen zu zeigen.

Der **Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad Al Hussein**, erinnerte an das Bild des toten Migrantenjungen am Strand, die Betroffenheitsbezeugungen und Versprechungen, um dann festzustellen, dass er sich wie viele andere im Hochkommissariat (OHCHR) ausgelaugt und zornig fühlt. Ausgelaugt, weil trotz aller Bemühungen die Ressourcen der Vereinten Nationen zur Betreuung der Flüchtlinge nicht ausreichen, um ihrer Not ernsthaft begegnen zu können. Zornig, weil sich trotz der vielen Debatten, Zeugnisse, Studien eigentlich nichts ändere. Wären nicht Tausende Engagierter in Sachen Menschenrechte aktiv, er könnte mutlos werden. Hilfreich sei die humanitäre Geste durch Regierungen in Jordanien, im Libanon, der Türkei, Deutschland und Schweden. Den MRR und seine Mitglieder forderte er auf, den Worten und Beschlüssen Taten folgen zu lassen.

Der Hochkommissar setzte sich mit Begriff und Verständnis von Souveränität auseinander. Kritik, die Suche nach Wahrheit könnten viel bewirken, bedrohten aber sicher keine staatliche Souveränität. Diese nähme allerdings Schaden durch Tyrannei, unbewältigte Epidemien, weil keine Versorgungsstrukturen aufgebaut wurden, durch politisches Führungspersonal, das selbst bei Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht straffrei ausgehe, durch Folgen des Klimawandels, wenn sie überwiegend von denjenigen getragen werden, die am wenigsten zur Klimaänderung beitragen. Ebenso wies der Hochkommissar auf die Restriktionen hin, denen die Zivilgemeinschaft im allgemeinen und Menschenrechtsverteidiger/innen im besonderen ausgesetzt sind. Er nannte dabei *expressis verbis* China, Russland und Zentralasien.

Im Anschluss an eine Reihe von Ländersituationen verwies Zeid Ra'ad Al Hussein auf einen Bericht der Arbeitsgruppe zu willkürlicher Haft (***Working Group on Arbitrary Detention***), der den aktuellen, normativen Stand aufarbeitet und Empfehlungen zwecks Entschädigung der Opfer und einer fairen juristischen Bewältigung ausspricht (***Basic Principles and Guidelines on Remedies and Procedures on the Right of Anyone Deprived of their Liberty by Arrest or Detention to Bring Proceedings before Court***; A/HRC/30/37). Die Arbeitsgruppe hatte bereits im März 2013 (A/HRC/22/44) und im September 2014 (A/HRC/27/47) Berichte vorgelegt, die sich mit Definitionen, rechtlichen Grundlagen und Beispielen guter Umsetzung beschäftigt hatten. Zusätzlich zu diesen Berichten führte die Arbeitsgruppe im September 2014 eine

Konsultation im globalen Maßstab durch und kondensierte alle Ergebnisse zu den vorliegenden 21 Grundsätzen und 22 Leitsätzen; veröffentlicht im Anhang zum Bericht A/HRC/30/37. Neben grundsätzlichen Erwägungen, u.a. zur Unveräußerlichkeit des Rechts auf Zugang zur Justiz, definieren die Leitsätze etwa die Frage der Beweislast (beim Staat liegend; Guideline 14), oder spezifische Sorgfaltspflichten in Bezug auf besonders verletzte Bevölkerungsgruppen; etwa Kinder (Guideline 18), Frauen und Mädchen (Guideline 19), Menschen mit Behinderung (Guideline 20), Staatenlose (Guideline 21). Ebenso besondere Sorgfaltspflichten obliegen den Staaten in bewaffneten Konflikten (Guideline 17). Der erste Schritt zur Umsetzung besteht nun in der Verbreitung und Kenntnisnahme dieser Prinzipien und Leitsätze.

Die Arbeitsgruppe hatte im November 2014 auf Einladung der Bundesregierung eine Nachfolgevisite durchgeführt, um die Umsetzung der Ergebnisse aus der Visite 2011 (A/HRC/19/57/Add.3) zu überprüfen. Im Bericht zur *Follow-up mission to Germany* (A/HRC/30/36/Add.1) vermerkte die Arbeitsgruppe positiv die Bestrebungen, die Zahl der Inhaftierten zu verringern und sprach in Bezug auf die Überprüfung der Untersuchungshaft von ‚Best Practice‘ im internationalen Vergleich. Kritisch äußerte sich die Arbeitsgruppe zur fortwährenden Inhaftierung von Migrant/innen mit irregulärem Aufenthaltsstatus und zur Vorbeugehaft bei Abzuschiebenden. Im letzteren Fall sollten zumindest die Möglichkeiten der rechtlichen Überprüfung durch Gerichte nicht weiter reduziert werden. Zum Thema Sicherungsverwahrung empfiehlt die Arbeitsgruppe, die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte umzusetzen. Eine weitere Empfehlung betrifft die Möglichkeit, Polizeibeamte identifizieren und ihr Tun gegebenenfalls gerichtlich überprüfen zu können. Des weiteren sollte, so die Arbeitsgruppe, das Deutsche Institut für Menschenrechte ein Mandat zum Monitoring erhalten (S. 11). Ein zweiter Bericht zur Nachbereitung wurde zu Italien vorgelegt A/HRC/30/36/Add.3; Addendum Follow-up mission to Italy).

Die Ratstagung im September befasst sich turnusmäßig mit den Rechten und Situationen *indigener Völker*. Die Sonderberichterstatterin zu den Rechten indigener Völker, Victoria Tauli Corpuz, unterstrich, dass unbeschadet aller Fortschritte bei der Institutionalisierung indigener Rechte, die Umsetzung vor Ort deutlich hinterher hinkt. Sie verdeutlichte dies anhand der Ergebnisse ihrer Ländervisite in Paraguay (A/HRC/30/41/Add.1). Sie hob in ihrem Jahresbericht (A/HRC/30/41) die Lage der Frauen und Mädchen hervor und forderte dazu auf, indigene Belange in der Agenda 2030 (Nachhaltigkeitsziele) explizit zu berücksichtigen. Das zweite Gremium des MRR, das sich mit den Rechten indigener Völker beschäftigt, der *Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples*, legte neben seinen Sitzungsprotokollen zwei Berichte vor: zu Fragen des kulturellen Erbes (A/HRC/30/53) und zur Umsetzung der UN Erklärung zu den Rechten indigener Völker (A/HRC/30/54). Der *Board of Trustees of the United Nations Voluntary Fund for Indigenous Peoples* konnte immerhin insoweit Erfolgreiches vermelden, als 105 indigene Repräsentant/innen durch die Mittel des Treuhandfonds an der Weltkonferenz zu Indigenen Völkern im September 2014 in New York teilnehmen konnten.

Die *Beschränkungen zivilgesellschaftlicher Aktionsmöglichkeiten* und *Repressalien gegen Menschenrechtsverteidiger/innen* wurden anlässlich der 30. Ratstagung ausdrücklich in Bezug auf China, Russland, Saudi Arabien und Kambodscha thematisiert; leider vorwiegend durch Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Vor allem die Mitgliedschaft der drei Erstgenannten im

MRR und die Unwilligkeit des Rates, sich damit zu befassen, wurde mit Nachdruck bemängelt. Unbeschadet der mittlerweile höheren Sensibilität in Form rhetorischer Unterstützung des Rates und vieler seiner Mitgliedsstaaten für die Arbeit und Rechte von Menschenrechtsverteidiger/innen (so das gemeinsame Statement von 53 Staaten zu Item 5, verlesen von der Delegation aus Ghana und mitorganisiert von Ungarn, Irland und Uruguay) findet die Umsetzung in konkrete Politikaufträge, etwa in Resolutionen nach wie vor kaum statt. So wurde in den Länderresolutionen zum Sudan (30/22), Yemen (30/18) oder Kambodscha (30/23) weder ein expliziter Bezug auf die teilweise repressive Beschneidung der Artikulationsmöglichkeiten noch auf systematisierte Monitoringverfahren genommen. Im thematischen Bereich scheint ein solcher Hinweis einfacher: etwa in der Resolution zur politischen Partizipation in politischen und öffentlichen Angelegenheiten (30/9; OP 7.j). Dieselbe Resolution beauftragt das OHCHR (OP 8.a), im Vorfeld der 32. Ratstagung (Juni 2016) einen Workshop zu diesem Thema zu organisieren. Ebenso Resolution 30/24 zu effektiven Mechanismen der Umsetzung von Menschenrechten, die in der Präambel und in OP 6 die besondere Rolle der Zivilgesellschaft hervorhob. Hingegen begnügte sich die Resolution 30/25 zum Follow-up im nationalen Kontext mit einem allgemeinen Hinweis auf alle möglichen Interessengruppen.

Einen umfangreichen Abstimmungsprozess setzten die strittige Resolution 30/15 zur **Vermeidung und Bekämpfung von gewaltförmigem Extremismus** sowie vier schriftliche Ergänzungsanträge (A/HRC/30/L.37–L.40) in Gang. Die Ergänzungen durch Russland waren eigentlich nicht alle abwegig, wurden jedoch rundweg als nicht zielführend abgelehnt. So hätten die Hinweise auf Rassismus oder bewaffnete Konflikte als konfliktverschärfend (L.37 und L.38) durchaus Eingang in den Resolutionstext finden können. Ablehnungen wurden im MRR schon souveräner vorgetragen. Darüber hinaus bleibt die Resolution selbst vage bei der Frage, was denn zu vermeiden und zu bekämpfen wäre. Einiges soll die Podiumsdiskussion zur 31. MRR-Tagung (März 2016) zutage fördern. Eventuell auch die Antwort auf die Frage, was ‚internationale Kooperation‘ zur Bekämpfung gewaltförmigen Extremismus‘ bedeutet: ob alle Dimensionen und alle Akteure in gleicher Weise analysiert werden. So beteiligt sich etwa Saudi Arabien an der Eindämmung des Islamischen Staates, führt Krieg im Yemen, bekämpfte militärisch Proteste in Bahrain und rangiert an unteren Stellen zur Bemessung der Menschenrechtskonformität. Umstritten blieben die **Resolutionen** zu den Themen einseitige **Zwangsmaßnahmen** (30/2), **Todesstrafe** (30/5; plus drei Ergänzungsanträge L.34-36), **Söldner** (30/6), **Recht auf Frieden** (30/12), **Rechte von Kleinbäuer/innen und anderen Landarbeiter/innen** (30/13), konkrete **Aktionen gegen Rassismus** (30/16), **Recht auf Entwicklung** (30/28) und **neue internationale [Wirtschafts-] Ordnung** (30/29).

Nicht mehr strittig war im September 2015 die **Resolution zu Sri Lanka** (30/1). Der dazu gehörende Bericht des OHCHR (A/HRC/30/61 plus A/HRC/30/CRP.4 und A/HRC/30/G/4) bot auf über 250 Seiten hinreichend Dokumentation Aussagen und Belege, um zwecks Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen u.a. ein aus inländischen und ausländischen Expert/innen bestehendes (hybrides) Tribunal empfehlen zu können. Nachdem der Vorschlag des OHCHR zum hybriden Tribunal wegverhandelt wurde, konnte auch die Regierung Sri Lankas der Resolution zustimmen. Pakistan verzichtete im Unterschied zu 2014 auf Verfahrenstricks, und so konnte die Resolution zu Sri Lanka im Konsens angenommen werden.

Obgleich das Schlagwort ‚hybrid‘ fehlt, erlaubt der Resolutionstext bei konsequenter Umsetzung die Einbeziehung internationaler Expertise. Entscheidend wird sein, inwieweit die Forderungen der Menschenrechtsverteidiger/innen nach einer an Wahrheit der Opfer orientierten Aufarbeitung (und Versöhnung) in Struktur und Verfahren eines solchen Tribunals einbezogen werden und die Zivilgesellschaft an der Auswahl der Richter/innen und Anklagevertreter teilhaben kann. Die kritische Begleitung der Prozesse in Sri Lanka hat sich also keineswegs überlebt. Ein Manko weist die Resolution insofern auf, dass sie die Regierung Sri Lankas nicht auffordert, die sonstigen Empfehlungen aus dem OHCHR-Bericht umzusetzen. Die Resolution fordert allerdings u.a. eine Reform des Zeugenschutzgesetzes und eine fortdauernde Beteiligung des OHCHR an der Aufarbeitung.

Zum ersten Mal seit Bestehen des MRR fand zur Tagesordnung ‚Ländersituationen‘ (Item 4) eine Podiumsdiskussion statt; zur desaströsen Menschenrechtslage in **Nordkorea** (*Democratic People's Republic of Korea*; DPRK). Hochkommissar Zeid Ra'ad Al Hussein verkündete zum einen die Operationsfähigkeit des OHCHR-Büros in Südkoreas Hauptstadt Seoul, das zur Aufgabe hat, u.a. Fakten zur Rechenschaftslegung verletzter Menschenrechte und Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht durch Verantwortliche in Nordkorea zu sammeln. Der Fokus liege auf Fälle von Entführungen und erzwungenem Verschwindenlassen. Die Arbeit des Büros könne dazu beitragen, Nordkorea vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen. Die Podiumsteilnehmenden listeten weitere Verbrechen wie extralegale Hinrichtung, Versklavung, Deportation, erzwungene Abtreibung, politisch motivierter Mord und politische Haft auf. Niemand wusste jedoch zu sagen, wie das dortige Regime zu einer Änderung seiner Regierungsführung wirkungsvoll bewegt werden könnte. Einen Fingerzeig enthielten die Hinweise, dass viele Entführungen und vor allem erzwungene Repatriierungen in und durch China zugelassen wurden.

Nicht im offiziellen Programm aber in einem gut besuchten Side Event wurde die Menschenrechtslage in **Mexiko** thematisiert. Ein knappes Dutzend NGOs, darunter die deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, stellte den Bericht einer unabhängigen Untersuchungskommission vor. Unter dem Titel '*In Defense of Life: Civil Society Observation Mission Report on the Situation of Human Rights Defenders in Mexico*' wurden die teilweise tödlichen Risiken menschenrechtlichen, zivilgesellschaftlichen Engagements in Mexiko beschrieben. In der Aussprache zu Item 6, **Universal Periodic Review**, wurde einmal mehr die Abgabe freiwilliger Halbzeit-Berichte (*midterm review*) als gute Praxis propagiert. Von dieser Praxis ist das Auswärtige Amt allerdings weit entfernt.

II. Dokumentation

II.1. Thematische Menschenrechte

Berichte der Mandate der Sonderverfahren

A/HRC/30/27

Communications report of special procedures

A/HRC/30/34 Report of the *Working Group on the use of mercenaries* as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination

A/HRC/30/34/Add.1 Addendum - Mission to Côte d'Ivoire

A/HRC/30/34/Add.2 Addendum - Comments by Côte d'Ivoire

A/HRC/30/35 Report of the *Special Rapporteur on contemporary forms of slavery*, including its causes and consequences, Urmila Bhoola

A/HRC/30/35/Add.1 Addendum - Mission to the Niger

A/HRC/30/35/Add.2 Addendum - Mission to Belgium

A/HRC/30/36 Report of the *Working Group on Arbitrary Detention*

A/HRC/30/36/Add.1 Addendum - Follow-up mission to Germany

A/HRC/30/36/Add.2 Addendum - Mission to New Zealand

A/HRC/30/36/Add.3 Addendum - Follow-up mission to Italy

A/HRC/30/37 United Nations *Basic Principles and Guidelines on remedies and procedures* on the right of anyone deprived of their liberty to bring proceedings before a court - Report of the Working Group on Arbitrary Detention

A/HRC/30/69 *Methods of work* of the Working Group on Arbitrary Detention

A/HRC/30/38 Report of the *Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances*

A/HRC/30/38/Add.1 Addendum - Mission to Serbia including Kosovo

A/HRC/30/38/Add.2 Addendum - Mission to Montenegro

A/HRC/30/38/Add.3 Addendum - Mission to Croatia

A/HRC/30/38/Add.4 Addendum - *Follow-up* to the recommendations of the missions of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances to East Timor and Mexico

A/HRC/30/38/Add.5 Addendum - Study on enforced or *involuntary disappearances and economic, social and cultural rights*

A/HRC/30/39 Report of the *Special Rapporteur on the human right to safe drinking water and sanitation*, Léo Heller

A/HRC/30/39/Add.1 Addendum - Priority areas of work for the new mandate-holder

A/HRC/30/39/Add.2 Addendum - Mission to Kenya

A/HRC/30/40 Report of the *Special Rapporteur* on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of *hazardous substances and wastes*, Baskut Tuncak

A/HRC/30/40/Add.1 Addendum - Mission to Kazakhstan

A/HRC/30/40/Add.2 Addendum - Comments by Kazakhstan

A/HRC/30/41 Report of the *Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples*, Victoria Lucia Tauli-Corpuz

A/HRC/30/41/Add.1 Addendum - Mission to Paraguay

A/HRC/30/42 Report of the *Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence*, Pablo De Greiff

A/HRC/30/42/Add.1 Addendum - Mission to Burundi

A/HRC/30/CRP.1 Update by the Special Rapporteur on the promotion of truth, justice,

reparation and guarantees of non-recurrence on his visit to Burundi

A/HRC/30/43 Report of the **Independent Expert** on the enjoyment of all human rights by **older persons**, Rosa Kornfeld-Matte

A/HRC/30/43/Add.1 Addendum - Mission to Slovenia

A/HRC/30/43/Add.2 Addendum - Mission to Austria

A/HRC/30/43/Add.3 Addendum - Mission to Mauritius

A/HRC/30/43/Add.4 Addendum - Comments by Mauritius

A/HRC/30/44 Report of the **Independent Expert** on the promotion of a **democratic and equitable international order**, Alfred-Maurice de Zayas

A/HRC/30/45 Report of the **Special Rapporteur** on the negative impact of unilateral **coercive measures** on the enjoyment of human rights, Idriss Jazairy

A/HRC/30/46 Report of the **Working Group on the Right to Development** on its sixteenth session

A/HRC/30/56 Report of the **Working Group** of Experts on **People of African Descent** on its fifteenth and sixteenth sessions

A/HRC/30/56/Add.1 Addendum - Mission to the Netherlands

A/HRC/30/56/Add.2 Addendum - Mission to Sweden

A/HRC/30/56/Add.3 Addendum - Comments by the Netherlands

A/HRC/30/56/Add.4 Addendum - Comments by Sweden

Weitere Berichte

A/HRC/30/17 Election of members of the Human Rights Council Advisory Committee - Note by the Secretary-General

A/HRC/30/47 Report of the **open-ended intergovernmental working group** to consider the possibility of elaborating an international regulatory framework on the **regulation, monitoring and oversight of the activities of private military and security companies** on its fourth session

A/HRC/30/49 **Role of local government** in the promotion and protection of human rights - Final report of the Human Rights Council **Advisory Committee**

A/HRC/30/50 Using sport and the **Olympic ideal** to promote human rights for all and to strengthen universal respect for them - Finalized study of the Human Rights Council **Advisory Committee**

A/HRC/30/51 **Reports of the Human Rights Council Advisory Committee** on its fourteenth and fifteenth sessions - Note by the Secretariat

A/HRC/30/52 **Report of the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples** on its eighth session

A/HRC/30/53 Promotion and protection of the rights of indigenous peoples with respect to their **cultural heritage** - Study of the **Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples**

A/HRC/30/54 Final summary of responses to the **questionnaire survey** on best practices regarding possible appropriate measures and implementation strategies in order to **attain the goals of the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples** - Study of the **Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples**

A/HRC/30/55 Report of the **open-ended intergovernmental working group** on the draft United Nations **declaration on the rights of peasants and other people working in rural areas**

Berichte des OHCHR und des UN Generalsekretariats

A/HRC/30/18 **Capital punishment** and the implementation of the safeguards guaranteeing protection of the rights of those facing the death penalty - Yearly supplement of the Secretary-General to his quinquennial report

A/HRC/30/19 Human rights implications of **overincarceration and overcrowding** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/20 Study on the **prevention of human rights violations** and its practical implementation - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/21 **Summary report on the high-level panel discussion on the question of the death penalty** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/22 **The right to development** - Consolidated report of the Secretary-General and the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/23 Summary report on the **panel discussion on realizing the equal enjoyment of the right to education by every girl** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/24 **Evaluation** of the implementation of the **second phase of the World Programme for Human Rights Education** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/24/Corr.1 Corrigendum

A/HRC/30/25 **The rights of indigenous peoples** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/26 **Best practices**, experiences and challenges and ways to overcome them with regard to the promotion, protection and implementation of the **right to participate in public affairs** in the context of the existing human rights law - Study of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/28 Summary report on the **panel discussion on the issue of national policies and human rights** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/29 **Cooperation with the United Nations**, its representatives and mechanisms in the field of human rights - Report of the Secretary-General

A/HRC/30/62 Summary report on the **full-day meeting on the rights of the child** on the theme "**Towards better investment** in the rights of the child" - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/63 Ways and means, as well as obstacles and challenges and proposals to overcome them, for the **enhancement of international cooperation in the United Nations human rights machinery**, including the Human Rights Council - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights - Note by the Secretariat

A/HRC/30/64 Summary report on the **panel discussion on the effects of terrorism** on the enjoyment by all persons of human rights and fundamental freedoms - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/65 Study on the **impact of the world drug problem** on the enjoyment of human rights - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/68 Report of the Secretary-General on the **safety of journalists and the issue of impunity** - Note by the secretariat

A/HRC/30/70 Summary report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the **annual-full day of discussion on the human rights of women** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

II.2. Länder

A/HRC/30/30 Role and achievements of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights in assisting the Government and people of **Cambodia** in the promotion and protection of human rights - Report of the Secretary-General

A/HRC/30/31 Situation of human rights in **Yemen** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/32 Situation of human rights in the **Democratic Republic of the Congo** -

Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/33 Study on the impact of technical assistance and capacity-building on the situation of human rights in the **Democratic Republic of the Congo** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/48 Report of the Independent International Commission of Inquiry on the **Syrian Arab Republic**

A/HRC/30/57 Report of the Independent Expert on the situation of human rights in **Somalia**, Bahame Nyanduga

A/HRC/30/58 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in **Cambodia**, Rhona Smith

A/HRC/30/59 Report of the Independent Expert on the situation of human rights in the **Central African Republic**, Marie-Therese Keita Bocoum

A/HRC/30/60 Report of the Independent Expert on the situation of human rights in the **Sudan**, Aristide Nononsi

A/HRC/30/61 Promoting reconciliation, accountability and human rights in **Sri Lanka** - Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/CRP.2 Report of the OHCHR Investigation on Sri Lanka (OISL)

A/HRC/30/G/4 Comments received from the Permanent Mission of Sri Lanka on the report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on Sri Lanka (A/HRC/30/61)

A/HRC/30/CRP.3 Oral update of the High Commissioner for Human Rights on the human rights violations and abuses against **Rohingya Muslims** and other minorities in **Myanmar**

A/HRC/30/66 Promotion and protection of human rights in **Iraq** - Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights

A/HRC/30/67

Violations and abuses of human rights and atrocities committed by the terrorist group **Boko Haram** in the countries affected by such acts - Report of the United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights

II.3. Universal Periodic Review

Ergebnisse 22. UPR-Runde

A/HRC/30/3 [Report of the Working Group on the Universal Periodic Review -] Belarus

A/HRC/30/3/Add.1 Addendum [- Views on conclusions and/or recommendations, voluntary commitments and replies presented by the State under review]

A/HRC/30/4	Liberia	
A/HRC/30/5	Malawi	
A/HRC/30/6	Mongolia + A/HRC/30/6/Add.1	Addendum
A/HRC/30/7	Panama	
A/HRC/30/8	Maldives + A/HRC/30/8/Add.1	Addendum
A/HRC/30/9	Andorra + A/HRC/30/9/Add.1	Addendum
A/HRC/30/10	Bulgaria	
A/HRC/30/11	Honduras	
A/HRC/30/12	USA + A/HRC/30/12/Add.1	Addendum
A/HRC/30/13	Marshall Islands	
A/HRC/30/14	Croatia + A/HRC/30/14/Add.1	Addendum
A/HRC/30/15	Jamaica	
A/HRC/30/16	Libya + A/HRC/30/16/Add.1	Addendum

II.4. Podiumsdiskussionen

- Annual discussion on the integration of a gender perspective throughout the work of the Human Rights Council and that of its mechanisms – with a focus on gender parity
- Biennial panel discussion on unilateral coercive measures and human rights
- Panel discussion on the situation of human rights in the Democratic People's Republic of Korea, including the issue of international abductions, enforced disappearances and related matters
- Annual half-day discussion on the rights of indigenous peoples
- Panel discussion on a human rights-based approach to good governance in the public service
- Panel discussion on the impact of the world drug problem on the enjoyment of human rights

III. Resümee

Nach rund einem Jahr im Amt kommt immer mehr die Eigenschaft des Hochkommissars für Menschenrechte zur Geltung, mit scharfzüngiger und unabhängiger Analyse ziemlich unbequeme Fakten in die Diskussion und Arbeit des MRR einzubringen. Ebenso eindeutig schlägt er sich auf die Seite der Opfer, Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger/innen. Mit dem diesjährigen Ratspräsidenten, dem deutschen Botschafter in Genf Joachim Rucker, hatte er dabei insbesondere in Bezug auf den Bereich Zivilgesellschaft einen kongenialen Partner an herausgehobener, institutioneller Position im Rat. Ebenso trug das wesentlich von Botschafter Rucker betriebene, strikte Zeitmanagement in allen Sitzungen des Rates zu einer größeren Beteiligung der NGOs vor allem an den zeitlich begrenzten, interaktiven Dialogen bei. Es kamen schlicht mehr NGOs zu Wort. Dass der Ratspräsident sich andererseits mit Resolutionen auseinandersetzen musste, die der Realität zum Teil Hohn sprachen, lag nicht an seiner Amtsführung. Hier wäre eher zu fragen, ob das Auswärtige Amt ihm die Stütze in seiner opferorientierten Ausrichtung war, die an einigen Stellen als Brückenbau notwendig und möglich gewesen wäre; Kinderrechte / Lucen Guidelines (29/7; Recht auf Bildung), Klimawandel (29/15), explizitere Statements zu Ländersituationen und Verteidigung von Mandaten der Sonderverfahren. Dessen unbeschadet haben die allermeisten

NGOs in Genf die Amtsführung von Joachim Rucker als ‚best practice‘ bezeichnet und Gradmesser für zukünftige Amtsnachfolger/innen definiert; 2016 aus Asien/Pazifik.

Die Abstimmungen im September zu Themen wie Rechte der Kleinbauern oder Aktionen gegen Rassismus (Business und Human Rights wäre ebenso zu nennen; vgl. Juni-Sitzung) unterstrichen die festgefahrenen Verhandlungen in der Gestaltung zukunftsweisender Normen. Die Wahlergebnisse der Mitglieder des Rates für 2016-2018 lassen keine wesentliche Änderung erwarten. Im Gegenteil, geradezu unfassbar ist die Wahl von Burundi, das vor einem staatlich mitbetriebenen Völkermord steht, kritische, nichtstaatliche Akteure systematisch aus dem Verkehr zieht, einer korrupten Regierungsführung unterliegt, ohne Aussicht auf grundlegende Änderung. Für eine zweite, direkte Mitgliedschaft gewählt wurden Äthiopien, Deutschland, die Elfenbeinküste, Kenia, Südkorea, Vereinte Arabische Emirate und Venezuela. Überraschend nicht wieder gewählt wurde Pakistan (105 Stimmen). Einen Wettbewerb um die Mitgliedschaft ‚erlaubten‘ sich die Staatengruppen Asien und Lateinamerika / Karibik (GRULAC). Nach knapp 10 Jahren Bestehen des Rates sind es offensichtlich die Staaten und Regierungen, die sich bislang am wenigsten den durch die neuen Strukturen des Rates auferlegten Herausforderungen angepasst haben.

IV. Resolutionen und Entscheidungen

Resolutionen

[soweit nicht anders vermerkt, jeweils ohne Abstimmung angenommen]

[A/HRC/RES/] **30/1** **Promoting reconciliation, accountability and human rights in Sri Lanka**

30/2 **Human rights and unilateral coercive measures**

per Abstimmung (33:14)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d’Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

30/3 **Regional arrangements for the promotion and protection of human rights**

30/4 **Human rights and indigenous peoples**

30/5 **The question of the death penalty**

per Abstimmung (26:13:8)

Dafür: Albania, Algeria, Argentina, Bolivia, Brazil, Congo, Côte d’Ivoire, El Salvador, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Kazakhstan, Latvia, Mexico, Montenegro, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Sierra Leone, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of

Great Britain and Northern Ireland, Venezuela

Dagegen: Bangladesh, Botswana, China, Ethiopia, India, Indonesia, Japan, Nigeria, Pakistan, Qatar, Saudi Arabia, United Arab Emirates, USA

Enthaltung: Cuba, Ghana, Kenya, Maldives, Morocco, Republic of Korea, Russian Federation, Vietnam

Ergänzung A_HRC_30_L.34; vorgelegt von Saudi Arabien – abgelehnt mit 17:20:8

Dafür: Algeria, Bangladesh, Botswana, China, Cuba, Ethiopia, India, Indonesia, Japan, Maldives, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Vietnam

Dagegen: Albania, Argentina, Brazil, Congo, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Latvia, Mexico, Montenegro, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Sierra Leone, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Enthaltung: Côte d'Ivoire, El Salvador, Ghana, Kazakhstan, Kenya, Morocco, Republic of Korea, USA
Bolivien und Venezuela stimmen nicht mit ab

Ergänzung A_HRC_30_L.35; vorgelegt von Ägypten – abgelehnt mit 16:22:7

Dafür: Algeria, Bangladesh, Botswana, China, Cuba, Ethiopia, India, Indonesia, Maldives, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, United Arab Emirates, Vietnam

Dagegen: Albania, Argentina, Brazil, Congo, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Latvia, Mexico, Montenegro, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Republic of Korea, Sierra Leone, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Côte d'Ivoire, El Salvador, Ghana, Japan, Kazakhstan, Kenya, Morocco
Bolivien und Venezuela stimmen nicht mit ab

Ergänzung A_HRC_30_L.36; vorgelegt von China – abgelehnt mit 14:22:9

Dafür: Bangladesh, Botswana, China, Cuba, Ethiopia, India, Indonesia, Japan, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, United Arab Emirates, Vietnam

Dagegen: Albania, Algeria, Argentina, Brazil, Congo, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Latvia, Mexico, Montenegro, Namibia, Netherlands, Paraguay, Portugal, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

Enthaltung: Côte d'Ivoire, El Salvador, Ghana, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Morocco, Republic of Korea, USA

Bolivien und Venezuela stimmen nicht mit ab

30/6 The use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination

per Abstimmung (32:14:1)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Mexico

30/7 Human rights in the administration of justice, including juvenile justice

30/8 Contribution of the Human Rights Council to the high-level meeting on HIV/AIDS in 2016

30/9 Equal participation in political and public affairs

30/10 The grave and deteriorating human rights and humanitarian situation in the Syrian Arab Republic

per Abstimmung (29:6:12)

Dafür: Albania, Argentina, Botswana, Brazil, Côte d'Ivoire, El Salvador, Estonia, France, Gabon, Germany, Ghana, Ireland, Japan, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA
Dagegen: Algeria, Bolivia, China, Cuba, Russian Federation, Venezuela
Enthaltung: Bangladesh, Congo, Ethiopia, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Namibia, Nigeria, Pakistan, South Africa, Vietnam

Ergänzung A_HRC_30_L.33; vorgelegt von Libanon – angelehnt mit 10:21:16

Dafür: Algeria, Bolivia, Brazil, China, Cuba, Indonesia, Kazakhstan, Maldives, Russian Federation, Venezuela

Dagegen: Albania, Argentina, Botswana, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Morocco, Netherlands, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Bangladesh, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Kenya, Mexico, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, South Africa, Vietnam

30/11 Review of the mandate of the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples

30/12 Promotion of the right to peace

per Abstimmung (33:12:2)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Republic of Korea, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Albania, Portugal

30/13 Promotion and protection of the human rights of peasants and other people working in rural areas

per Abstimmung (31:1:15)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: USA

Enthaltung: Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Mexico, Montenegro, Netherlands,

Portugal, Qatar, Republic of Korea, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland

30/14 Contribution of parliaments to the work of the Human Rights Council and its Universal Periodic Review

30/15 Human rights and preventing and countering violent extremism

per Abstimmung (37:3:7)

Dafür: Albania, Algeria, Argentina, Bangladesh, Botswana, Brazil, Congo, Côte d'Ivoire, Estonia, Ethiopia, France, Gabon, Germany, Ghana, India, Indonesia, Ireland, Japan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Nigeria, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA, Vietnam

Dagegen: Russian Federation, South Africa, Venezuela

Enthaltung: Bolivia, China, Cuba, El Salvador, Kazakhstan, Namibia, Pakistan

Ergänzung A_HRC_30_L.37; vorgelegt von Russland; abgelehnt mit 14:26:7

Dafür: Algeria, Argentina, Bolivia, China, Cuba, India, Indonesia, Kazakhstan, Nigeria, Pakistan, Russian Federation, South Africa, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Bangladesh, Botswana, Estonia, Ethiopia, France, Germany, Ireland, Japan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Brazil, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, Namibia

Ergänzung A_HRC_30_L.38; vorgelegt von Russland; abgelehnt mit 10:27:10

Dafür: Algeria, Bolivia, China, Cuba, Kazakhstan, Pakistan, Russian Federation, South Africa, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Bangladesh, Botswana, Estonia, Ethiopia, France, Germany, Ireland, Japan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Nigeria, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Argentina, Brazil, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Namibia

Ergänzung A_HRC_30_L.39; vorgelegt von Russland; abgelehnt mit 11:26:10

Dafür: Algeria, Bolivia, China, Cuba, India, Kazakhstan, Pakistan, Russian Federation, South Africa, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Bangladesh, Brazil, Estonia, Ethiopia, France, Germany, Ireland, Japan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Argentina, Botswana, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, Indonesia, Namibia, Nigeria

Ergänzung A_HRC_30_L.40; vorgelegt von Russland; abgelehnt mit 14:25:8

Dafür: Algeria, Argentina, Bolivia, Brazil, China, Cuba, India, Indonesia, Kazakhstan, Pakistan, Russian Federation, South Africa, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Bangladesh, Estonia, Ethiopia, France, Germany, Ireland, Japan, Kenya, Latvia, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Netherlands, Paraguay, Portugal, Qatar, Republic of Korea, Saudi Arabia, Sierra Leone, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Botswana, Congo, Côte d'Ivoire, El Salvador, Gabon, Ghana, Namibia, Nigeria

30/16 From rhetoric to reality: a global call for concrete action against racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance

per Abstimmung (32:12:3)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Latvia, Montenegro, Namibia,* Netherlands, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Japan, Portugal, Republic of Korea

* Die Delegation von Namibia gab zu Protokoll, dass es sich um einen Irrtum handelt, und sie eigentlich 'Dafür' stimmen wollte

30/17 Forum on people of African descent in the diaspora

per Abstimmung (32:12:3)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Japan, Maldives, Republic of Korea

30/18 Technical assistance and capacity-building for Yemen in the field of human rights

30/19 Technical assistance and capacity-building in the field of human rights in the Central African Republic

30/20 Assistance to Somalia in the field of human rights

30/21 Enhancement of technical cooperation and capacity-building in the field of human rights

30/22 Technical assistance and capacity-building to improve human rights in the Sudan

30/23 Advisory services and technical assistance for Cambodia

30/24 National policies and human rights

30/25 Promoting international cooperation to support national human rights follow-up systems and processes

30/26 Assistance technique et renforcement des capacités en matière de droits de l'homme en République démocratique du Congo

30/27 Technical cooperation and capacity-building for Burundi in the field of human rights

30/28 The right to development

per Abstimmung (33:10:4)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Paraguay, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Estonia, France, Germany, Ireland, Latvia, Montenegro, Netherlands, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Albania, Japan, Portugal, Republic of Korea

30/29 Promotion of a democratic and equitable international order

per Abstimmung (31:14:2)

Dafür: Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, Botswana, Brazil, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, El Salvador, Ethiopia, Gabon, Ghana, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Maldives, Morocco, Namibia, Nigeria, Pakistan, Qatar, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Vietnam

Dagegen: Albania, Estonia, France, Germany, Ireland, Japan, Latvia, Montenegro, Netherlands, Portugal, Republic of Korea, the former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, USA

Enthaltung: Mexico, Paraguay

Entscheidungen

Universal Periodic Review

(alle ohne Abstimmung angenommen)

30/101 Outcome of the universal periodic review: Belarus

30/102 USA

30/103 Malawi

30/104 Mongolia

30/105 Panama

30/106 Maldives

30/107 Andorra

30/108 Bulgaria

30/109 Honduras

30/110 Liberia

30/111 Marshall Islands

30/112 Croatia
30/113 Jamaica
30/114 Libya

Präsidenten-Statements

30/115 Follow-up to President's statement PRST 29/1

PRST 30/1 Reports of the Advisory Committee

PRST 30/2 Promoting the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health by enhancing capacity-building in public health against pandemics

Berufung neuer Mandatsträger/innen

- * ***Karima Bennoune*** (United States); ***Special Rapporteur*** in the field of ***cultural rights***
- * ***Ahmed Reid*** (Jamaica); Mitglied der ***Working Group*** of experts on ***people of African descent***
- * ***Henrikas Mickevicius*** (Litauen); Mitglied der ***Working Group on enforced or involuntary disappearances***

Advisory Committee

- * ***Imeru Tamrat Yigezu*** (African States)
- * ***Ibrahim Abdul Aziz Al Sheddi*** (Asian States)
- * ***Mario Luis Coriolano*** GRULAC (Latin American and Caribbean States)
- * ***Katharina Pabe***; WEOG (Western European and Others States)

V. Termin

31. Ratstagung vom 29.02.-25.03.2016

u.a. mit einer Podiumsdiskussion zum Thema Migration (genauer Termin steht noch nicht fest) sowie Side Events parallel dazu